

Der Rechtsstaat lebt nicht von guten Gesetzen allein

Zum Erfordernis, den Berliner Ermittlungsbehörden effektives Arbeiten zu ermöglichen

Von Margot von Renesse MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission "Geschichte und Folgen der SED-Diktatur"

Das in der DDR sowie im Zuge der Einigung geschehene Unrecht muß rechtsstaatlich aufgearbeitet, Täter müssen aufgespürt und zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür, daß insbesondere die Menschen in Ostdeutschland sich mit unserem Rechtsstaat identifizieren können. Wenn die Justiz schon nicht alles, was der DDR-Bevölkerung angetan worden ist, aufarbeiten kann, dann muß doch wenigstens das, was justiziabel ist, mit größtmöglichem Engagement bearbeitet werden. Dafür aber fehlt es schon an den schlichtesten Voraussetzungen: zum Beispiel an einem zentral gelegenen, ausreichend großen Gebäude in Berlin für zusätzliche Polizeibeamte der zentralen Ermittlungsbehörde.

Dabei könnte der Bund längst geeignete Gebäude zur Verfügung stellen, die bisher von alliierten Streitkräften genutzt worden waren und von diesen freigezogen sind.

Stattdessen bietet er eine Liegenschaft in Pankow an, die - wegen Renovierungsbedürftigkeit - wahrscheinlich nicht vor Ende 1993 bezogen werden könnte. Oder er schlägt einen Standort vor, der 30 km von Berlin-Mitte entfernt ist - sodaß absehbar Dienstgänge und Kontakte zu Stellen wie Staatsanwalt oder Treuhand im Großstadtverkehr steckenbleiben müssen.

So produziert man Behördenleerlauf, aber keine effektive Ermittlungsarbeit. Der Berliner Innenminister kapriziert sich währenddessen feinfühlig auf ein ehemaliges Stasi-Gebäude - dem es noch dazu an Quadratmetern fehlt. Ähnlich hilflos stellt sich der Bund dar, wenn es um Wohnraum für die nach Berlin zu entsendenden Ermittler geht. Drittklassige Absteigen zu Wucherpreisen lassen die Gewerkschaft der Polizei zu Recht über unzumutbare Vorschläge klagen.

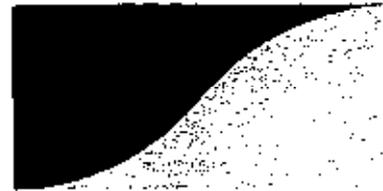
Der Bund sollte das Problem etwas ernster nehmen; die Finanzierung und räumliche Ausstattung der Ermittlungsbehörden in Berlin rasch regeln. Der Rechtsstaat lebt nicht von guten Gesetzen allein, sondern vor allem von erfolgreichen Strafverfolgern. Organisatorischer Dilettantismus schon hinsichtlich der grundlegendsten Arbeitsbedingungen schafft kein Vertrauen - außer bei Straftätern, denen behinderte Behörden nur recht sein können.

(-/5. Juni 1992/rs/ks)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 866846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Hans Wallow MdB zum
Konferenzverlauf der
UNCED in Rio de
Janeiro: Endlich Klar-
text reden!

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB
zur Notwendigkeit, die
deutsche Mitbestim-
mung zu verteidigen:
Ein Europa des Kapi-
tals lehnen wir ab.

Seite 2

Dokumentation
Grundsätze sozialde-
mokratischer Nah- und
Mittelostpolitik wurden
jetzt von Arbeitsgrup-
pen der SPD-Bundes-
tagsfraktion erarbeitet.
Wortlaut

Seite 3

47. Jahrgang / 108

9. Juni 1992

Endlich Klartext reden!

Zum Konferenzverlauf der UNCED in Rio de Janeiro

Von Hans Wallow MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Durch die Selbstisolierung der USA in allen wichtigen Themen des Konferenzverlaufes ist die einzige Supermacht dabei, sich in die Rolle eines umweltpolitischen Zwergstaates zu begeben. Aber auch die Europäische Gemeinschaft (EG), bisher positivste Kraft, ist durch das Fehlen des Umweltkommissars Ripa die Meana geschwächt worden. Es ist niemand in den Industrieländern sichtbar, der den Umweltgipfel in der zweiten Woche aus der Wildnis führt. Bundeskanzler Kohl sollte in Deutschland bleiben, wenn er nicht den politischen Mut besitzt, die USA und alle anderen zögerlichen Industriestaaten im Klartext auf ihre Verantwortung für den Erdgipfel zu verpflichten. Es ist politisch wirksamer, die Kanzlerrede nach Rio zu faxen - sollte der Auftritt nur innenpolitischen Zwecken dienen.

Gemessen daran, daß Unterhändler aus über hundert Ländern die UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung zwei Jahre lang in fünf Vorkonferenzen vorbereiteten, ist das Ergebnis negativ. Der offizielle Teil des Erdgipfels wird voraussichtlich als Rio-Palaver in die Geschichte eingehen. Alle Problemfelder - wie zum Beispiel Treibhauseffekt, Artenschutz, Waldkonvention - sind im Ansatz ungelöst. Andere Deklarationen wie die Agenda 21 bleiben ehrenhafte, aber wirkungslose Dokumente, wenn die Finanzierungsfragen nicht verbindlich geregelt sind. Aber die Kapitulation der Vernunft vor den nationalen Egoismen hat auch ihre positive Seite: Viele private Initiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGO's) werden nach dem Scheitern immer mehr Druck auf die Regierungen ausüben, und durch die weltweite kritische Berichterstattung der Medien ist die Rettung unserer Erde zum Thema Nummer 1 geworden.

(-/9. Juni 1992/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung
mit wertvollen Beispielen
RECHNUNGSPAPIER



Ein Europa des Kapitals lehnen wir ab
Zur Notwendigkeit, die deutsche Mitbestimmung zu verteidigen

Von Ludwig Stiegler MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die dänische Absage an die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft hat alle engagierten Europäer geschockt. Die Absage der Dänen an die Vertiefung der EG kam aber nicht von ungefähr und auch nicht unerwartet. Die Dänen haben Sorgen wegen der sozialen Standards in Europa. Sie fürchten nicht ohne Grund, daß das kapitale Europa dem sozialen Europa davonlaufen könnte.

Die Hoffnung auf eine volle soziale Union mit Hilfe einer Labour-Regierung in England hat sich ebenfalls zerschlagen, so daß die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß die neuen Europäischen Freiheiten überwiegend Freiheiten des Kapitals werden und daß das soziale Europa dem kapitalen Europa hinterherhinkt.

Die Entscheidung der Dänen ist deshalb ernst zu nehmen. Die Antwort kann nicht in einem "Augen zu und durch" liegen.

Die Gefahr, sich beim Referendum in Frankreich die nächste Absage einzuhandeln, ist groß.

Die Antwort auf dem nächsten EG-Gipfel kann daher nur in dem Versuch liegen, die sozialen Ängste nicht zu verdrängen oder auszureden, sondern zu überwinden und Europa auch ein attraktives soziales Profil zu geben. Das soziale Europa muß mit der gleichen Geschwindigkeit wachsen wie das kapitale - ja, es muß sogar noch schneller werden, um aufzuholen!

Auch die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Grund zur Sorge wegen der europäischen Entwicklung.

In den nächsten Wochen steht beispielsweise die Zukunft der deutschen Mitbestimmung auf dem Spiel. Wenn Kommission und Ministerrat an dem Vorhaben, eine Europäische Aktiengesellschaft zu schaffen, festhalten und eine Mehrheit dafür bekommen, wird es künftig Unternehmen möglich sein, durch Verschmelzung mit Aktiengesellschaften anderer Mitgliedsstaaten, durch Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft als Holding verschiedener nationaler Gesellschaften und durch Umwandlung einer deutschen Aktiengesellschaft in eine Europäische Aktiengesellschaft mit Sitzverlegung in einen anderen Mitgliedsstaat die deutsche Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976 oder die deutsche Montanmitbestimmung abzuschütteln.

Die Sperre des Umwandlungssteuerrechts haben CSU und FDP bereits beim Steueränderungsgesetz '92 aufgehoben.

In all den genannten Fällen würden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der beteiligten deutschen Gesellschaften ihre Mitbestimmungsrechte verlieren, ohne in der Europäischen Aktiengesellschaft gleichwertige neu Mitbestimmungsrechte zu erhalten.

Der Rechtsausschuß des Bundestages hat auf Betreiben der SPD-Bundestagsfraktion der Bundesregierung als Marschlinie für die Verhandlungen im Ministerrat die Aufforderung auf den Weg gegeben, die Vorschläge der Kommission im Ministerrat abzulehnen und deutlich zu machen, daß eine Mehrheitsentscheidung gegen Deutschland nicht hinnehmbar wäre, weil eine ernste Gefahr für die deutsche Mitbestimmung auch eine schwere Gefahr für das soziale Klima im Land wäre.

Die Abwendung einer Entscheidung gegen die deutsche Mitbestimmung verlangt aber auch eine aktive Politik für die Gewinnung einer Sperrminorität im Rat. Die Bundesministerin der Justiz ist gefordert, aktiv nicht nur beim Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Dr. Martin Bangemann, sondern auch bei ihren Justizministerkollegen in Europa zu intervenieren. Das gleiche gilt für die CSU, die ihrem Kommissar Dr. Peter Schmidhuber deutlich machen muß, daß sie zur Mitbestimmung steht.

Eine Politik nach dem Motto, "national ablehnen, wenn europäisch Annahme gesichert", darf es gegen die Mitbestimmung nicht geben! Ein Europa des Kapitals ohne Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist nicht das Europa, das wir meinen und dem mehr Kompetenzen als bisher übertragen werden sollen und dürfen!

(-/9. Juni 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Grundsätze sozialdemokratischer Nah- und Mittelost-Politik

Die Arbeitsgruppe Außenpolitik und die Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der SPD-Bundestagsfraktion haben das nachstehende Papier erarbeitet; es wurde in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 2. Juni als Grundlage für die Politik in der Nahostregion angenommen.

Die deutsche Außenpolitik muß nach dem Ende des West-Ost-Gegensatzes einschneidend veränderten Bedingungen und Herausforderungen gerecht werden, das gilt vor allem geopolitisch, sicherheitspolitisch und weltwirtschaftspolitisch. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sind die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen zu den östlichen und südlichen Nachbarn Nord- und Westeuropas ganz wesentliche Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Sie ist eingebunden in die europäischen Verträge und damit in die Europäische Politische Zusammenarbeit.

Zu diesen Nachbarn gehören die Staaten und Völker des islamischen Kulturkreises am Süd- und Ostrand des Mittelmeeres, am Roten Meer, am Arabisch-Persischen Golf, in der ehemaligen Sowjetunion am Kaukasus und in Zentralasien sowie gemischt-religiöse Länder und Israel. Eine wichtige Aufgabe auch der deutschen Außenpolitik gegenüber dieser geopolitischen Region ist es, objektive und scheinbare Gegensätze zwischen dem islamischen und dem europäischen, durch Christentum und Aufklärung geprägten Kulturkreis überwinden zu helfen.

Die deutsche Nah- und Mittelostpolitik hat sich unter stetiger Berücksichtigung des besonderen deutsch-israelischen Verhältnisses aus der Dritte-Welt-Politik und der Ost-Politik der Phase des West-Ost-Gegensatzes entwickelt. Sie gewinnt nach Beendigung des West-Ost-Gegensatzes zunehmend innen- und gesellschaftspolitische Bedeutung. Das Prinzip der sicherheitspolitisch dominierten Abgrenzung im West-Ost-Gegensatz hatte relativ geringe sozialökonomische und damit gesellschaftliche Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse der damaligen BRD. Die zunehmenden Verflechtungen der geopolitischen Regionen Nordeuropa und Westeuropa mit den Regionen des Nahen und Mittleren Ostens - besonders deutlich an wachsenden Wanderungsbewegungen - haben hingegen erhebliche innenpolitische Auswirkungen. Die deutsche Außenpolitik ist eingebunden in globale sozio-ökonomische Entwicklungen, die deutsche Nah- und Mittelostpolitik ist daher ein besonders relevanter und vielfältig konfliktträchtiger Ausschnitt der internationalen, sozialökonomischen und interkulturellen Verflechtungen.

Ziele sozialdemokratischer Nah- und Mittelost-Politik

Die prinzipiellen Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik sind im Berliner Grundsatzprogramm festgelegt. Für die Nah- und Mittelostpolitik haben sie eine Konkretisierung im Beschluß des Bremer Parteitages vom Mai 1991 erfahren. Diese Ziele lassen sich im Frühjahr 1992 konkretisieren und aktualisieren:

1. Sicherung des Friedens in dieser Region und Verminderung der Rüstung, dabei hat das friedliche Zusammenleben von Arabern und Israelis prioritäre Bedeutung.
2. Sicherung gerechtfertigter deutscher Interessen durch gutnachbarliche politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen zu allen Staaten und Völkern der Region.
3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ziel einer ausgewogenen Entwicklung für alle Länder und Bevölkerungsgruppen der Region.
4. Eintreten für die Menschenrechte.
5. Förderung von Pluralismus und Demokratie.

1. Sicherung des Friedens

Krieg soll nicht länger ein Mittel der Außenpolitik sein. Um Krieg durch Diplomatie zu ersetzen, muß der Dialog sowohl zwischen den Ländern und Konfliktparteien im Nahen und Mittleren Osten, als auch der Dialog dieser Länder mit den hochentwickelten Staaten Europas und Nordamerikas verbessert werden. Zu unterstützen ist vor allem der in Madrid begonnene Friedensprozeß der Nahostkonferenz. Europa muß bei diesen Verhandlungen ein größeres Mitspracherecht mit entsprechenden Leistungsverpflichtungen beanspruchen. Im friedenspolitischen Bereich sind notwendig:

- Ächtung des Krieges als Mittel der Politik auf allen Ebenen.
- Einführung vertrauensbildender Maßnahmen.
- Konkrete Abrüstungsschritte in der gesamten Region.
- Stop jeglicher Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten.
- Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens zu einer ABC-waffenfreien Region.

- Regelung der für die ganze Region lebenswichtigen Wasserfrage.
- Lösung der vielfältigen Flüchtlingsproblematik.

Mehr als in anderen außenpolitischen Bereichen muß im Nahen und Mittleren Osten die religiöse Komponente beachtet werden. Es liegt daher auch im deutschen Interesse, daß zwischen den Religionen Europas und des Nahen und Mittleren Ostens der interreligiöse Dialog intensiviert und versachlicht wird.

Unsere historische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk bedingt für uns ein besonderes Verhältnis zum Staat Israel. Deutsche Nahostpolitik bedarf daher einer besonderen Sensibilität. Der Konflikt zwischen Israel und den arabischen Ländern ist eines der Schlüsselprobleme des Nahen Ostens. Sozialdemokratische Nahostpolitik ist seit jeher gekennzeichnet von einem unbedingten Einstehen für die Existenz des Staates Israels in sicheren und anerkannten Grenzen. Dazu gehört nach unserem Verständnis auch das friedliche Zusammenleben Israels mit seinen arabischen Nachbarländern. Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes muß verwirklicht werden. Auch dieses Volk hat das Recht auf einen eigenen Staat, der auf friedlichem Weg zu erreichen ist. Die Glaubwürdigkeit deutscher Politik gebietet es, nicht mit zweierlei Maß zu messen. An Israel und die anderen Staaten der Region sind daher die gleichen Maßstäbe anzulegen.

2. Sicherung gerechtfertigter Eigeninteressen

Die ökonomischen und sozialen Verflechtungen zwischen Europa und der Region des Nahen und Mittleren Ostens verlangen eine Politik, die daraus resultierende Störungen der gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen in Deutschland zu verhindern sucht.

Der Nahe und Mittlere Osten hat für die hochentwickelten Staaten und damit auch für Deutschland im Bereich der Energieversorgung eine herausragende Bedeutung. Die Verfügung über Öl und Gas wurde in dieser Region bereits als politische Waffe eingesetzt, sie kann es erneut werden. Nur Frieden, Stabilität und eine sozial gerechte dauerhafte Entwicklung in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sind die Gewähr für sichere Lieferbedingungen der Energieträger. Militärische Interventionen zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen der hochentwickelten Staaten sind hingegen abzulehnen. Die sozial gerechte dauerhafte Entwicklung ist auch die entscheidende Voraussetzung zur Eindämmung von Flüchtlingsströmen aus dieser Region. Die Verbesserung der Lebensbedingungen in einer Situation des Friedens und bei Wahrung der Menschenrechte werden den Willen zur Auswanderung zurückgehen lassen.

3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Beitrag zu gerechter Entwicklung

Im Nahen und Mittleren Osten bestimmen trotz insgesamt großer Ressourcen größte Disparitäten und daraus erfolgende wirtschaftliche, soziale und ökologische Ungleichgewichte die Entwicklung. Eine der großen Herausforderungen an die Länder des Nahen und Mittleren Ostens ist somit die gerechtere Verteilung des vorhandenen Reichtums an Ressourcen. Die Lösung dieser strukturellen wirtschaftlichen Probleme muß hauptsächlich aus der Region selbst kommen. Die Rahmenbedingungen dafür können insbesondere durch Abrüstungsvereinbarungen verbessert werden. Der Westen sollte besonders benachteiligten Ländern und Gesellschaftsgruppen durch Entwicklungshilfe Unterstützung leisten.

Im Rahmen der Entwicklungspolitik bieten sich für den Nahen und Mittleren Osten folgende Maßnahmen an:

- Gewährung besserer Handelsbedingungen im Rahmen des GATT.
- Kooperationsabkommen aller Nahost-Länder mit der EG.
- Bessere Koordination der EG-Entwicklungshilfe.
- Konzentration der deutschen Entwicklungshilfe auf langfristige Unterstützung wirklich benötigter Gruppen.
- Intensivierung der Hilfe für die Flüchtlinge.
- Mehr Entwicklungshilfe gegen Bezahlung für reiche Ölländer.
- Intensivierung der Dreiecks-Kooperation durch Nutzung des Kapitals reicher Ölländer in Kombination mit deutschem Know-how zugunsten armer Länder.
- Förderung überregionaler Zusammenarbeit zwischen bisher miteinander verfeindeten Ländern mittels Projekten von gemeinsamen Interesse.

4. Einstehen für die Menschenrechte

In allen Beziehungen mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens müssen deutlicher als bisher die Menschenrechte beachtet werden. Menschenrechtlicher Minimalstandard sind die Akzeptanz und Erfüllung der Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen.

Bei grundsätzlicher Kritik im Bereich von Menschenrechtsfragen auf Grund der kulturellen und religiösen Gegebenheiten in der islamischen Welt ist eine Auseinandersetzung mit vergleichbar handelnden Ländern der Verurteilung einzelner Länder vorzuziehen. Konkrete Menschenrechtsverletzungen müssen nach sorgfältiger Überprüfung der Anschuldigungen bei Anwendung gleicher Maßstäbe für alle Länder in einem offenen Dialog zur Sprache gebracht werden. Deutsche Leistungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sollten nicht ausschließlich von der Menschenrechtssituation abhängig gemacht werden. Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen sollten wegen der oft gegenteiligen Wirkungen auf Extremfälle begrenzt werden. Wenn in begründeten Fällen von Menschenrechtsverletzungen eine Einschränkung von Entwicklungshilfeleistungen erwogen wird, muß versucht werden, Nachteile für die betroffene Bevölkerung zu vermeiden.

5. Förderung von Pluralismus und Demokratie

Gutnachbarliche Beziehungen zwischen Europa und den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sind auch bestimmt von der Realisierung von Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Demokratie. Dabei ist mit zu bedenken, daß unsere Vorstellungen von Demokratie in einer modernen Gesellschaft sich aus historischen, kulturellen und religiösen Gründen nicht ohne weiteres auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens übertragen lassen. Demokratisierung ist ein längerer Prozeß. Auf dem Weg zu Demokratie kann es in unserem Sinne unzureichende, aber zeitweise unvermeidliche Zwischenstufen geben. Mindestanforderung an alle Staaten ist eine pluralistische Form von Partizipation an den politischen Entscheidungsprozessen. Alle Formen von politischer Unfreiheit und Unterdrückung sind abzulehnen, ob sie totalitärer Ideologie entspringen oder fundamentalistisch religiöser Natur sind. Die Entwicklung eines pluralistischen Gesellschaftsverständnisses ist am besten zu unterstützen durch eine Verstärkung des kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Austauschs.

(-/9. Juni 1992/rs/ks)
